

Bundesgesetzblatt ⁵⁶⁵

Teil II

Z 1998 AX

1981

Ausgegeben zu Bonn am 6. August 1981

Nr. 24

Tag	Inhalt	Seite
31. 7. 81	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 15/80 – Zollkontingent für Walzdraht – 1. Halbjahr 1981) 613-2-1	566
15. 7. 81	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Burundi über Finanzielle Zusammenarbeit	568
16. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr und des Protokolls zur Änderung des Abkommens	570
17. 7. 81	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten der Protokolle über die Vorrechte und Befreiungen der ESRO und der ELDO	571
	180-16, 180-18	
17. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	572
17. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen	573
17. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten	575
17. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	576
20. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren	576
20. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	577
21. 7. 81	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-spanischen Abkommens über den internationalen Straßenverkehr	577
22. 7. 81	Bekanntmachung zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und zum Protokoll Nr. 4 zu dieser Konvention	578
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 24 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel und der Hausgehilfen	579
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 25 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft ...	579
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 73 der Internationalen Arbeitsorganisation über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute	579
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes ..	579
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 92 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Quartierräume der Besatzung an Bord von Schiffen (Neufassung vom Jahre 1949)	580
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 97 der Internationalen Arbeitsorganisation über Wanderarbeiter	580
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 114 der Internationalen Arbeitsorganisation über den Heuervertrag der Fischer	580
22. 7. 81	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 130 der Internationalen Arbeitsorganisation über ärztliche Betreuung und Krankengeld	580
28. 7. 81	Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen und der Gebührenordnung der Europäischen Patentorganisation	581

**Verordnung
zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs
(Nr. 15/80 – Zollkontingent für Walzdraht – 1. Halbjahr 1981)**

Vom 31. Juli 1981

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (BGBl. I S. 529), der durch das Gesetz vom 3. August 1973 (BGBl. I S. 940) geändert worden ist, verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (BGBl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung erhalten im Anhang Zollkontingente/2 die Tarifstellen aus 73.15 A V b) 1 und aus 73.15 B V b) 1 mit Wirkung vom 1. Januar 1981 die aus der Anlage ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 31. Juli 1981

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Finanzen
Matthöfer

Anlage
(zu § 1)

Tarifstelle	Warenbezeichnung	Zollsatz	
		autonom	vertragsmäßig
1	2	3	4
aus 73.15 A V b) 1 aus 73.15 B V b) 1	<p>Walzdraht, nur warm gewalzt:</p> <p>a) mit einem Durchmesser von 5,20 bis 12 mm, aus Qualitätskohlenstoffstahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,60 bis 1,05 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor insgesamt von 0,05 Gewichtshundertteilen oder weniger, an Silicium von 0,15 bis 0,25 Gewichtshundertteilen, an Nickel, Kupfer und Zinn insgesamt von 0,15 Gewichtshundertteilen oder weniger, an Zinn jedoch von weniger als 0,10 Gewichtshundertteilen,</p> <p>b) mit einem Durchmesser von 5,20 bis 13 mm, aus legiertem Stahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,40 bis 0,70 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor von je weniger als 0,03 Gewichtshundertteilen, an Silicium von 0,15 bis 0,25 Gewichtshundertteilen, an Mangan von 0,60 bis 0,90 Gewichtshundertteilen, an Chrom von 0,15 bis 0,60 Gewichtshundertteilen, an Vanadin von 0,15 bis 0,30 Gewichtshundertteilen und an Molybdän von 0,30 Gewichtshundertteilen oder weniger,</p> <p>c) mit einem Durchmesser von 5,20 bis 13 mm, aus legiertem Stahl, mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,50 bis 0,60 Gewichtshundertteilen, an Schwefel und Phosphor von je weniger als 0,03 Gewichtshundertteilen, an Silicium von 1,20 bis 1,60 Gewichtshundertteilen, an Mangan von 0,50 bis 0,80 Gewichtshundertteilen und an Chrom von 0,50 bis 0,80 Gewichtshundertteilen,</p> <p>1 500 t vom 1. Januar 1981 bis 30. Juni 1981, zum Herstellen von Federn, Nadeln (sog. Nadeldraht) und sog. Klaviersaitendraht im Zollgebiet bestimmt (EGKS)</p>	frei	—

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Burundi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 15. Juli 1981

In Bonn ist am 25. Juni 1981 ein Abkommen zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der
Regierung der Republik Burundi über Finanzielle Zu-
sammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen
ist nach seinem Artikel 8

am 25. Juni 1981

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 15. Juli 1981

Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Im Auftrag
Dr. Klamser

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Burundi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Burundi –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik
Burundi,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen
durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festi-
gen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Bezie-
hungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung
in der Republik Burundi beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermög-
licht es der Regierung der Republik Burundi, von der Kredit-
anstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, für die Vorhaben

- | | |
|--|--------------------------|
| a) Wasserkraftwerk Kitenge | bis zu 19 Millionen DM, |
| b) Wasserversorgung Bujumbura,
Phase II | bis zu 14 Millionen DM, |
| c) Studien- und Expertenfonds II
(Aufstockung) | bis zu 1 Million DM, |
| d) Überwachung der Elektrifizierungs-
arbeiten bei Muramvya | bis zu 0,2 Millionen DM, |

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit festgestellt wor-
den ist und vorbehaltlich der Erfüllung der haushaltsrechtli-
chen Voraussetzungen, Finanzierungsbeiträge bis zu insge-
samt 34,2 Millionen DM (in Worten: vierunddreißig Millionen
zweihunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Darüber hinaus ermöglicht es die Regierung der Bundes-
republik Deutschland der Regierung der Republik Burundi, von
der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, zur Finan-
zierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Lei-
stungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Be-
darfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Waren-
einfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport,
Versicherung und Montage einen Finanzierungsbeitrag bis zu
5 Millionen DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark) zu er-
halten.

Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der
diesem Abkommen als Anlage beigefügten Liste handeln, für
die die Lieferverträge beziehungsweise Leistungsverträge
nach der Unterzeichnung des nach Artikel 2 zu schließenden
Finanzierungsvertrages abgeschlossen worden sind.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es
der Regierung der Republik Burundi zu einem späteren Zeit-
punkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorberei-
tung oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchfüh-
rung und Betreuung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Vor-
haben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am
Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Ein-
vernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Republik Burundi durch
andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung der Finanzierungsbeiträge sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Regierung der Republik Burundi zu schließenden Finanzierungsverträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Burundi stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Finanzierungsverträge in der Republik Burundi erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Burundi überläßt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für die Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Finanzierungsbeiträgen gemäß Artikel 1 Absatz 1 finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes Berlin bevorzugt genutzt werden.

Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Burundi innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn, am 25. Juni 1981 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
von Staden

Für die Regierung der Republik Burundi
L. Nzorubara

**Anlage
zum Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Burundi
über Finanzielle Zusammenarbeit**

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 Absatz 2 des Regierungsabkommens vom 25. Juni 1981 aus dem Finanzierungsbeitrag finanziert werden können:
 - a) Industrielle Roh- und Hilfsstoffe sowie Halbfabrikate,
 - b) industrielle Ausrüstungen sowie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
 - c) Ersatz- und Zubehörteile aller Art,
 - d) Erzeugnisse der chemischen Industrie, insbesondere Düngemittel, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Arzneimittel,
 - e) sonstige gewerbliche Erzeugnisse, die für die Entwicklung der Republik Burundi von Bedeutung sind,
 - f) Beratungsleistungen, Patente und Lizenzgebühren.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Finanzierungsbeitrag ausgeschlossen.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die Beförderung im internationalen Luftverkehr
und des Protokolls zur Änderung des Abkommens**

Vom 16. Juli 1981

Das Abkommen vom 12. Oktober 1929 zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (RGBl. 1933 II S. 1039) ist nach seinem Artikel 38 für

Korea, Demokratische Volksrepublik	am	30. Mai 1961
Seschellen	am	22. September 1980
Togo	am	30. September 1980

in Kraft getreten.

Simbabwe hat dem Außenministerium der Volksrepublik Polen am 27. Oktober 1980 notifiziert, daß es sich seit dem 18. April 1980 an das Abkommen gebunden betrachte, das vor Erlangung seiner Unabhängigkeit für sein Gebiet galt.

Das Protokoll vom 28. September 1955 zur Änderung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (BGBl. 1958 II S. 291) ist nach seinem Artikel XXIII für

Korea, Demokratische Volksrepublik	am	2. Februar 1981
Seschellen	am	22. September 1980
Simbabwe	am	24. Januar 1981
Togo	am	30. September 1980

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 30. November 1979 (BGBl. II S. 1325).

Bonn, den 16. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Außerkrafttreten
der Protokolle über die Vorrechte und Befreiungen der ESRO und der ELDO
Vom 17. Juli 1981**

Nach § 4 Abs. 3 der Verordnung vom 14. September 1965 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Europäische Weltraumforschungsorganisation (ESRO) – BGBl. 1965 II S. 1353 –

und

nach § 4 Abs. 3 der Verordnung vom 12. September 1966 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Europäische Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (ELDO) – BGBl. 1966 II S. 787 –

wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnungen jeweils nach ihrem § 4 Abs. 2

am 30. Oktober 1980

außer Kraft getreten sind.

Am selben Tage sind

das Protokoll vom 31. Oktober 1963 über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Weltraumforschungsorganisation (BGBl. 1965 II S. 1354) nach seinem Artikel 35 Abs. 1

und

das Protokoll vom 29. Juni 1964 über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (BGBl. 1966 II S. 788) nach seinem Artikel 36 Abs. 1

außer Kraft getreten.

Das Außerkrafttreten des Übereinkommens vom 14. Juni 1962 zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation (ESRO) und des Übereinkommens vom 29. März 1962 zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (ELDO) sowie das Inkrafttreten des neuen Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation mit Wirkung vom 30. Oktober 1980 sind im BGBl. 1981 II S. 371 bekanntgegeben worden.

Bonn, den 17. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens
über diplomatische Beziehungen**

Vom 17. Juli 1981

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957) ist nach seinem Artikel 51 Abs. 2 für

Saudi-Arabien am 12. März 1981
in Kraft getreten.

Saudi-Arabien hat bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgenden Vorbehalt eingelegt:

(Translation)

"If the authorities of the Kingdom of Saudi Arabia suspect that the diplomatic pouch or any parcel therein contains matters which may not be sent through the diplomatic pouch, such authorities may request the opening of the parcel in their presence and in the presence of a representative appointed by the diplomatic mission concerned. If such request is rejected, the pouch or parcel shall be returned back."

(Übersetzung)

„Falls die Behörden des Königreichs Saudi-Arabien den Verdacht haben, daß der diplomatische Kurierbeutel oder ein darin befindliches Gepäckstück Gegenstände enthält, die nicht in diplomatischen Kurierbeuteln versandt werden dürfen, können die Behörden die Öffnung des Gepäckstücks in ihrer Anwesenheit und in Anwesenheit eines von der betreffenden diplomatischen Mission bestellten Vertreters verlangen. Wird das Verlangen abgelehnt, so wird der Kurierbeutel oder das Gepäckstück zurückgesandt.“

II.

Unter Bezugnahme auf den vorstehend wiedergegebenen Vorbehalt Saudi-Arabiens hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 15. Mai 1981 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgendes erklärt:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland betrachtet den Vorbehalt des Königreichs Saudi-Arabien zu Artikel 27 des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen nicht als rechtsgültig. Diese Erklärung ist nicht so auszulegen, als verhindere sie das Inkrafttreten des Übereinkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Saudi-Arabien.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Januar 1981 (BGBl. II S. 75).

Bonn, den 17. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen**

Vom 17. Juli 1981

Das Haager Übereinkommen vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- oder Handelssachen (BGBl. 1977 II S. 1452, 1472) ist nach seinem Artikel 38 Abs. 2 für die

Niederlande (für das Königreich in Europa) am 7. Juni 1981

in Kraft getreten.

Die Niederlande haben bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde die nachstehende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

«Aux Pays-Bas, la Convention est appliquée comme suit:

Article 2

Le procureur du Roi près le tribunal d'arrondissement de La Haye est désigné comme Autorité centrale.

Article 4

Sont acceptées: les commissions rogatoires rédigées en néerlandais, en allemand, en anglais ou en français, ou accompagnées d'une traduction dans une de ces langues.

Les Pays-Bas ne s'engagent pas à traduire les documents d'exécution d'une commission rogatoire.

Article 8

Les magistrats de l'autorité requérante d'un autre Etat contractant peuvent assister à l'exécution de la commission rogatoire, sous réserve que le juge chargé de l'exécution ait donné son autorisation et que les conditions qu'il a éventuellement imposées soient respectées.

Article 11

Seul le juge chargé de l'exécution de la commission rogatoire est compétent pour décider si une personne concernée par l'exécution de cette commission peut invoquer une dispense ou une interdiction de déposer établies par la loi d'un Etat autre que l'Etat requérant, droits que le droit néerlandais ne connaît pas.

Article 14

Les indemnités payées aux experts et interprètes et les frais résultant de l'application d'une forme spéciale demandée par l'Etat requérant, conformément à l'article 9, alinéa 2, de la Convention, sont à la charge de l'Etat requérant.

Article 16

Aux Pays-Bas, les actes d'instruction prévus à l'article 16 peuvent être accomplis sans autorisation préalable.

„In den Niederlanden findet das Übereinkommen wie folgt Anwendung:

Artikel 2

Der Staatsanwalt beim Bezirksgericht in Den Haag wird als Zentrale Behörde bestimmt.

Artikel 4

Entgegengenommen werden Rechtshilfeersuchen, die in niederländischer, deutscher, englischer oder französischer Sprache abgefaßt oder von einer Übersetzung in eine dieser Sprachen begleitet sind.

Die Niederlande verpflichten sich nicht, die Erledigungsstücke eines Rechtshilfeersuchens zu übersetzen.

Artikel 8

Die Mitglieder der ersuchenden gerichtlichen Behörde eines anderen Vertragsstaats können bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens anwesend sein mit dem Vorbehalt, daß der mit der Erledigung beauftragte Richter seine Genehmigung dazu erteilt hat und daß etwaige Auflagen des Richters erfüllt werden.

Artikel 11

Nur der mit der Erledigung des Rechtshilfeersuchens beauftragte Richter ist befugt zu entscheiden, ob eine von der Erledigung dieses Rechtshilfeersuchens betroffene Person sich auf ein Recht zur Aussageverweigerung oder auf ein Aussageverbot berufen kann, das nach dem Recht eines anderen Staates als des ersuchenden Staates besteht; das niederländische Recht kennt kein solches Recht oder Verbot.

Artikel 14

Die an Sachverständige und Dolmetscher gezahlten Entschädigungen sowie die Auslagen, die dadurch entstanden sind, daß auf Antrag des ersuchenden Staates nach Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens eine besondere Form eingehalten worden ist, gehen zu Lasten des ersuchenden Staates.

Artikel 16

In den Niederlanden kann Beweis nach Artikel 16 ohne vorherige Genehmigung aufgenommen werden.

Article 17

L'autorisation prévue à l'article 17 doit être demandée au président du tribunal d'arrondissement dans le ressort duquel l'acte d'instruction doit être accompli. Lorsqu'il y a audition de témoins ou d'experts, ce sera l'arrondissement où sont domiciliés, ou dans lequel résident, les témoins ou les experts, ou le plus grand nombre d'entre eux. Si le président fait droit à la demande, il peut imposer toutes les conditions qu'il juge utiles au bon déroulement de l'instruction ou de l'audition. Il peut décider que l'instruction ou l'audition auront lieu au palais de justice sous la surveillance d'un juge désigné par lui. En outre, l'autorisation n'est accordée que s'il a été satisfait aux conditions suivantes:

- a) le témoin ou l'expert concernés doivent avoir été convoqués en bonne et due forme; la convocation doit être rédigée en néerlandais ou accompagnée d'une traduction en néerlandais. Elle doit en outre mentionner:
 - les données et un résumé de la procédure pour laquelle l'instruction ou l'audition sont requises, ainsi que le juge requérant;
 - le fait que la comparution est sans contrainte, que le refus de comparaître, de prêter serment, de donner sa parole d'honneur ou de déposer ne peut entraîner aucune mesure ni peine de quelque nature qu'elle soit contre la personne concernée, ni aux Pays-Bas, ni dans l'Etat où la procédure est engagée;
 - le fait que la personne concernée peut demander l'assistance d'un conseiller;
 - le fait que la personne concernée peut invoquer une dispense ou une interdiction de déposer;
 - le fait que les frais liés à la comparution sont remboursés par le commissaire.
- b) Une copie de la convocation doit être envoyée au président.
- c) La demande doit indiquer les raisons pour lesquelles l'acte d'instruction a été confié à un commissaire, ainsi que la qualité de celui-ci, à moins qu'un avocat compétent aux Pays-Bas n'ait été désigné à ce titre.
- d) Les frais d'exécution de l'acte d'instruction, à savoir les frais des témoins, experts ou interprètes, doivent être intégralement remboursés.

Article 23

Les Pays-Bas n'exécutent pas les commissions rogatoires qui ont pour objet une procédure connue dans les Etats du Common Law sous le nom de «pre-trial discovery of documents».

Par commissions rogatoires qui ont pour objet une procédure, connue dans les Etats du Common Law sous le nom de «pre-trial discovery of documents», aux fins de l'article 23 de la Convention, lesquelles les Pays-Bas n'exécutent pas, le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas entend toute commission rogatoire exigeant d'une personne:

- a) d'indiquer quels documents pertinents pour la procédure à laquelle se rapporte la commission rogatoire sont ou ont été en sa possession, garde ou pouvoir; ou
- b) de produire tous les documents autres que les documents particuliers spécifiés dans la commission rogatoire comme

Artikel 17

Die Genehmigung nach Artikel 17 ist beim Präsidenten des Bezirksgerichts zu beantragen, in dessen Zuständigkeitsbereich Beweis aufgenommen werden soll. Werden Zeugen oder Sachverständige gehört, so ist dies der Bezirk, in dem die Zeugen oder Sachverständigen oder die Mehrzahl von ihnen ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt haben. Gibt der Präsident dem Antrag statt, so kann er die Auflagen machen, die er für den ordnungsgemäßen Ablauf der Beweisaufnahme oder Anhörung für zweckdienlich hält. Er kann entscheiden, daß die Beweisaufnahme oder Anhörung im Gerichtsgebäude unter Aufsicht eines von ihm bestimmten Richters stattfindet. Im übrigen wird die Genehmigung nur erteilt, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- a) Der betreffende Zeuge oder Sachverständige muß in guter und gehöriger Form geladen worden sein; die Ladung muß in niederländischer Sprache abgefaßt oder von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet sein. Außerdem ist darin folgendes anzugeben:
 - der Sachverhalt und eine Zusammenfassung des Verfahrens, aufgrund dessen die Beweisaufnahme oder die Anhörung erforderlich ist, sowie der ersuchende Richter;
 - die Tatsache, daß das Erscheinen ohne Anwendung von Zwang erfolgt, daß die Weigerung zu erscheinen, einen Eid abzulegen, sein Ehrenwort zu geben oder auszusagen weder in den Niederlanden noch in dem Staat, in dem das Verfahren anhängig ist, eine Maßnahme oder Strafe irgendeiner Art gegen die betroffene Person nach sich ziehen kann;
 - die Tatsache, daß die betroffene Person einen Rechtsberater beiziehen kann;
 - die Tatsache, daß sich die betroffene Person auf ein Recht zur Aussageverweigerung oder auf ein Aussageverbot berufen kann;
 - die Tatsache, daß die mit der Ladung verbundenen Kosten vom Kommissar erstattet werden.
- b) Dem Präsidenten ist eine Abschrift der Ladung zuzuschicken.
- c) Im Antrag ist anzugeben, weshalb die Beweisaufnahme einem Kommissar übertragen wurde, sowie dessen amtliche Eigenschaft, es sei denn, daß ein in den Niederlanden zugelassener Rechtsanwalt dazu ernannt worden ist.
- d) Die Kosten für die Erledigung der Beweisaufnahme, also die Kosten für die Zeugen, Sachverständigen oder Dolmetscher, sind in vollem Umfang zu erstatten.

Artikel 23

Die Niederlande erledigen keine Rechtshilfeersuchen, die ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des Common Law unter der Bezeichnung „pre-trial discovery of documents“ bekannt ist.

Unter Rechtshilfeersuchen, die im Sinne des Artikels 23 des Übereinkommens ein Verfahren zum Gegenstand haben, das in den Ländern des Common Law unter der Bezeichnung „pre-trial discovery of documents“ bekannt ist, und die von den Niederlanden nicht erledigt werden, versteht die Regierung des Königsreichs der Niederlande jedes Rechtshilfeersuchen, aufgrund dessen eine Person

- a) darlegen soll, welche Schriftstücke im Zusammenhang mit dem Verfahren, auf das sich das Rechtshilfeersuchen bezieht, sich in ihrem Besitz, ihrem Gewahrsam oder ihrer Verfügungsgewalt befinden oder befinden haben, oder
- b) Schriftstücke vorlegen soll, die zwar im Rechtshilfeersuchen nicht einzeln bezeichnet sind, sich aber nach Auffas-

étant des documents qui, pour le tribunal saisi, sont ou vraisemblablement sont en sa possession, garde ou pouvoir.

sung des angerufenen Gerichts im Besitz, im Gewahrsam oder in der Verfügungsgewalt dieser Person befinden oder wahrscheinlich befinden.

Article 26

Les Pays-Bas inviteront l'Etat qui a fait usage des dispositions du premier alinéa de l'article 26 à rembourser les frais mentionnés dans cet alinéa.»

Artikel 26

Die Niederlande werden von dem Staat, der von den Bestimmungen des Artikels 26 Absatz 1 Gebrauch gemacht hat, die Erstattung der in jenem Absatz genannten Kosten verlangen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 5. Juni 1981 (BGBl. II S. 374).

Bonn, den 17. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Konvention
zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten
Vom 17. Juli 1981**

Die Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten (BGBl. 1967 II S. 1233) ist nach ihrem Artikel 33 Abs. 2, das Protokoll vom 14. Mai 1954 zu der genannten Konvention (BGBl. 1967 II S. 1233, 1300) nach seiner Nummer 10 Buchstabe b für

Griechenland am 9. Mai 1981

Tunesien am 28. April 1981

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Mai 1980 (BGBl. II S. 718).

Bonn, den 17. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
Vom 17. Juli 1981**

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121) wird nach seinem Artikel XII Abs. 2 für

Irland

am 10. August 1981

in Kraft treten. Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Irland folgende Erklärung abgegeben:

(Übersetzung)

"In accordance with article I (3) of the said Convention the Government of Ireland declares that it will apply the Convention to the recognition and enforcement of arbitral awards made only in the territory of another Contracting State."

„Nach Artikel I Absatz 3 des genannten Übereinkommens erklärt die Regierung von Irland, daß sie das Übereinkommen nur auf die Anerkennung und Vollstreckung solcher Schiedssprüche anwenden wird, die im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaats ergangen sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. März 1981 (BGBl. II S. 157).

Bonn, den 17. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Budapester Vertrags
über die internationale Anerkennung der Hinterlegung
von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren
Vom 20. Juli 1981**

Der Budapester Vertrag vom 28. April 1977 über die internationale Anerkennung der Hinterlegung von Mikroorganismen für die Zwecke von Patentverfahren (BGBl. 1980 II S. 1104) wird nach seinem Artikel 16 Abs. 2 für

Liechtenstein

am 19. August 1981

Schweiz

am 19. August 1981

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. März 1981 (BGBl. II S. 157).

Bonn, den 20. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See**

Vom 20. Juli 1981

Das Internationale Übereinkommen von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1979 II S. 141) ist nach seinem Artikel X für

Guinea	am	19. April 1981
Indonesien	am	17. Mai 1981
Katar	am	22. März 1981
Korea, Republik	am	31. März 1981
Malediven	am	14. April 1981
Singapur	am	16. Juni 1981

in Kraft getreten; es wird ferner für

Nigeria	am	7. August 1981
---------	----	----------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Januar 1981 (BGBl. II S. 20).

Bonn, den 20. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-spanischen Abkommens
über den internationalen Straßenverkehr**

Vom 21. Juli 1981

Das in Madrid am 17. Januar 1980 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Spanien über den internationalen Straßenverkehr ist nach seinem Artikel 18 Abs. 1

am 3. Dezember 1980

endgültig in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung des Bundesministers für Verkehr vom 6. Februar 1980 (BGBl. II S. 111).

Bonn, den 21. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
zu den Artikeln 25 und 46 der Konvention
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
und zum Protokoll Nr. 4 zu dieser Konvention**

Vom 22. Juli 1981

I.

Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Erklärungen vom 26. Juni 1981 gegenüber dem Generalsekretär des Europarats ihre Erklärungen vom 1. Juli 1955 über die Anerkennung der Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 und der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953)

mit Wirkung vom 1. Juli 1981 für weitere fünf Jahre

mit der Maßgabe erneuert, daß die Anerkennung der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs unter der Bedingung der Gegenseitigkeit steht; die Unterwerfungserklärungen erstrecken sich auch auf das Protokoll Nr. 4 vom 16. September 1963 (BGBl. 1968 II S. 422) zu der genannten Konvention.

II.

Die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 der Konvention ist ferner durch Erklärung

von Luxemburg vom 6. Juni 1981

mit Wirkung vom 28. April 1981 für weitere fünf Jahre

von Spanien vom 11. Juni 1981

mit Wirkung vom 1. Juli 1981 für zwei Jahre

gegenüber dem Generalsekretär des Europarats anerkannt worden.

III.

Die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs nach Artikel 46 der Konvention ist – jeweils unter der Bedingung der Gegenseitigkeit – ferner durch Erklärung

von Luxemburg vom 6. Juni 1981

mit Wirkung vom 28. April 1981 für weitere fünf Jahre

von Schweden vom 30. April 1981

mit Wirkung vom 13. Mai 1981 für weitere fünf Jahre

gegenüber dem Generalsekretär des Europarats anerkannt worden.

IV.

Luxemburg und Schweden haben gegenüber dem Generalsekretär des Europarats zusätzlich erklärt, daß sich ihre – vorstehend in den Abschnitten II und III aufgeführten – Unterwerfungserklärungen auch auf das Protokoll Nr. 4 zu der Konvention erstrecken.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 23. Juni 1976 (BGBl. II S. 1083), vom 3. August 1976 (BGBl. II S. 1464) und vom 2. Juni 1981 (BGBl. II S. 330).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 24
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer
in Gewerbe und Handel und der Hausgehilfen
Vom 22. Juli 1981**

Die Tschechoslowakei hat das Übereinkommen Nr. 24 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 15. Juni 1927 über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in Gewerbe und Handel und der Hausgehilfen (RGBl. 1927 II S. 887) am 10. Juli 1980 gekündigt. Das Übereinkommen ist daher nach seinem Artikel 16 für die

Tschechoslowakei am 10. Juli 1981
außer Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Mai 1979 (BGBl. II S. 579).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 25
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Krankenversicherung
der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft
Vom 22. Juli 1981**

Die Tschechoslowakei hat das Übereinkommen Nr. 25 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 15. Juni 1927 über die Krankenversicherung der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft (RGBl. 1927 II S. 887, 889) am 10. Juli 1980 gekündigt. Das Übereinkommen ist daher nach seinem Artikel 15 für die

Tschechoslowakei am 10. Juli 1981
außer Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Mai 1979 (BGBl. II S. 580).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 73
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die ärztliche Untersuchung
der Schiffsleute
Vom 22. Juli 1981**

Das Übereinkommen Nr. 73 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 29. Juni 1946 über die ärztliche Untersuchung der Schiffsleute (BGBl. 1976 II S. 1225) ist nach seinem Artikel 11 Abs. 3 für

Dänemark am 28. Januar 1981
ohne Erstreckung auf die Färöer und Grönland
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 16. Mai 1979 (BGBl. II S. 581, 664).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 87
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Vereinigungsfreiheit
und den Schutz des Vereinigungsrechtes
Vom 22. Juli 1981**

Das Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 9. Juli 1948 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (BGBl. 1956 II S. 2072) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 3 für

Portugal am 14. Oktober 1978
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Januar 1981 (BGBl. II S. 29).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 92
der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Quarterräume der Besatzung
an Bord von Schiffen
(Neufassung vom Jahre 1949)**

Vom 22. Juli 1981

Das Übereinkommen Nr. 92 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 18. Juni 1949 über die Quarterräume der Besatzung an Bord von Schiffen (Neufassung vom Jahre 1949) – BGBl. 1974 II S. 841 – ist nach seinem Artikel 21 Abs. 3 für

Israel am 21. Februar 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Oktober 1978 (BGBl. II S. 1305).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 97
der Internationalen Arbeitsorganisation
über Wanderarbeiter**

Vom 22. Juli 1981

Das Vereinigte Königreich hat die Anwendung des Übereinkommens Nr. 97 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 1. Juli 1949 über Wanderarbeiter (BGBl. 1959 II S. 87) mit Wirkung vom 11. August 1980 auf Hongkong erstreckt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. Januar 1981 (BGBl. II S. 29).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 114
der Internationalen Arbeitsorganisation
über den Heuervertrag der Fischer**

Vom 22. Juli 1981

Das Übereinkommen Nr. 114 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 19. Juni 1959 über den Heuervertrag der Fischer (BGBl. 1964 II S. 179) wird nach seinem Artikel 14 Abs. 3 für die

Niederlande am 8. August 1981
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Mai 1979 (BGBl. II S. 659).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 130
der Internationalen Arbeitsorganisation
über ärztliche Betreuung und Krankengeld**

Vom 22. Juli 1981

Das Übereinkommen Nr. 130 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 25. Juni 1969 über ärztliche Betreuung und Krankengeld (BGBl. 1974 II S. 705) ist nach seinem Artikel 39 Abs. 3 für

Luxemburg am 3. Juli 1981
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 25. Mai 1979 (BGBl. II S. 661).

Bonn, den 22. Juli 1981

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
von Änderungen der Ausführungsordnung
zum Europäischen Patentübereinkommen
und der Gebührenordnung der Europäischen Patentorganisation**

Vom 28. Juli 1981

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation hat am 4. Juni 1981

- eine Änderung der Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen vom 5. Oktober 1973 (BGBl. 1976 II S. 649, 826, 915) und
- eine Änderung der Gebührenordnung vom 20. Oktober 1977 (BGBl. 1978 II S. 1133, 1148)

beschlossen. Die Beschlüsse werden auf Grund des Artikels X Nr. 1 des Gesetzes über internationale Patentübereinkommen vom 21. Juni 1976 (BGBl. II S. 649) nachstehend bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. Februar 1981 (BGBl. II S. 105).

Bonn, den 28. Juli 1981

Der Bundesminister der Justiz
Im Auftrag
Dr. Deiters

**Beschluß des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation vom 4. Juni 1981
über die Aufnahme einer neuen Regel 85 b
in die Ausführungsordnung zum Europäischen Patentübereinkommen**

**Decision of the Administrative Council of 4 June 1981
on the inclusion of a new Rule 85 b
in the Implementing Regulations to the European Patent Convention**

**Décision du Conseil d'administration du 4 juin 1981
relative à l'insertion d'une nouvelle règle 85^{ter}
dans le règlement d'exécution de la Convention sur le brevet européen**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen (nachstehend „Übereinkommen“ genannt), insbesondere auf Artikel 33 Absatz 1 Buchstabe b,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts –

beschließt:

The Administrative Council of the European Patent Organisation,

Having regard to the European Patent Convention (hereinafter referred to as the “Convention”), and in particular Article 33, paragraph 1 (b), thereof,

On a proposal from the President of the European Patent Office,

Has decided as follows:

Le Conseil d'administration de l'Organisation européenne des brevets,

vu la Convention sur le brevet européen (ci-après dénommée «la Convention»), et notamment son article 33, paragraphe 1, lettre b),

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

decide:

Artikel 1

In die Ausführungsordnung wird eine neue Regel 85 b aufgenommen, die wie folgt lautet:

„Regel 85 b
Nachfrist für die Stellung des
Prüfungsantrags

Wird der Prüfungsantrag nicht innerhalb der in Artikel 94 Absatz 2 vorgesehenen Frist gestellt, so kann er noch innerhalb einer Nachfrist von zwei Monaten nach Ablauf der Frist wirksam gestellt werden, sofern innerhalb der Nachfrist eine Zuschlagsgebühr entrichtet wird.“

Artikel 2

Regel 85 b der Ausführungsordnung ist auf alle Fälle, in denen die Feststellung eines Rechtsverlusts im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Beschlusses noch nicht rechtskräftig geworden ist, mit der Maßgabe anzuwenden, daß der Antrag unter Zahlung der Zuschlagsgebühr noch innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Beschlusses nachgeholt werden kann.

Artikel 3

Der Präsident des Europäischen Patentamts übermittelt den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens sowie den Staaten, die diesem beitreten, eine beglaubigte Abschrift des Beschlusses.

Artikel 4

Dieser Beschluß tritt am 4. Juni 1981 in Kraft.

Geschehen zu München, am 4. Juni 1981.

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident

Article 1

A new Rule 85 b, reading as follows, shall be incorporated in the Implementing Regulations:

“Rule 85 b
Period of grace for the filing of the
request for examination

If the request for examination has not been filed within the time limit provided for in Article 94, paragraph 2, it may still be validly filed within a period of grace of two months after the expiry of the time limit, provided that within this period a surcharge is paid.”

Article 2

Rule 85 b of the Implementing Regulations shall apply to all cases in which establishment of loss of rights has not yet become final on the date of the entry into force of the present Decision, it being understood that the request may still be validly filed within two months after the entry into force of this Decision provided that the surcharge is paid within the same period.

Article 3

The President of the European Patent Office shall forward a certified copy of this Decision to all the signatory States to the Convention and to the States which accede thereto.

Article 4

This Decision shall enter into force on 4 June 1981.

Done at Munich, 4 June 1981.

For the Administrative Council
The Chairman
G. Vianès

Article premier

Une règle 85^{ter}, dont le texte est le suivant, est insérée dans le règlement d'exécution:

«Règle 85^{ter}
Délai supplémentaire pour la requête
en examen

Si la requête en examen n'a pas été formulée dans le délai fixé à l'article 94, paragraphe 2, elle peut être formulée dans un délai supplémentaire de deux mois à compter de l'expiration du délai, moyennant versement d'une surtaxe dans ce délai supplémentaire.»

Article 2

Dans tous les cas où la constatation de la perte d'un droit n'est pas encore devenue définitive à la date d'entrée en vigueur de la présente décision, la règle 85^{ter} du règlement d'exécution est applicable, la requête accompagnée du paiement de la surtaxe pouvant encore être présentée dans un délai de deux mois à compter de l'entrée en vigueur de la présente décision.

Article 3

Le Président de l'Office européen des brevets transmet aux Etats signataires de la Convention ainsi qu'aux Etats qui y adhèrent une copie certifiée conforme de la présente décision.

Article 4

La présente décision entre en vigueur le 4 juin 1981.

Fait à Munich, le 4 juin 1981.

Par le Conseil d'administration
Le Président

**Beschluß des Verwaltungsrats der Europäischen Patentorganisation
vom 4. Juni 1981
zur Änderung der Gebührenordnung**

**Decision of the Administrative Council of 4 June 1981
amending the Rules relating to Fees**

**Decision du Conseil d'administration du 4 juin 1981
portant modification du règlement relatif aux taxes**

Der Verwaltungsrat der Europäischen Patentorganisation –

The Administrative Council of the European Patent Organisation –

Le Conseil d'administration de l'organisation européenne des brevets –

gestützt auf das Europäische Patentübereinkommen, insbesondere auf Artikel 33 Absatz 2 Buchstabe d,

Having regard to the European Patent Convention, and in particular Article 33, paragraph 2 (d), thereof,

vu la Convention sur le brevet européen, et notamment son article 33, paragraphe 2, lettre d),

gestützt auf die Gebührenordnung,

Having regard to the Rules relating to Fees,

vu le règlement relatif aux taxes,

auf Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Patentamts,

On a proposal from the President of the European Patent Office,

sur proposition du Président de l'Office européen des brevets,

nach Stellungnahme des Haushalts- und Finanzausschusses

Having consulted the Budget and Finance Committee,

après avis de la Commission du budget et des finances,

beschließt:

Has decided as follows:

decide:

Artikel 1

Article 1

Article premier

Artikel 2 der Gebührenordnung wird durch eine Nummer 6 a mit folgendem Wortlaut ergänzt:

Article 2 of the Rules relating to Fees shall be supplemented by an item 6 a which reads as follows:

L'article 2 du règlement relatif aux taxes est complété par un point 6^{bis} qui se lit comme suit:

- | | |
|--|------------------------------|
| „6 a. Zuschlagsgebühr für die verspätete Stellung des Prüfungsantrags (Regel 85 b) | 50 % der Prüfungsgebühr“ |
| “6 a Surcharge for late filing of the request for examination (Rule 85 b) | 50 % of the examination fee” |
| «6 ^{bis} Surtaxe pour présentation tardive de la requête en examen (règle 85 ^{ter}) | 50 % de la taxe d'examen» |

Artikel 2

Article 2

Article 2

Dieser Beschluß tritt am 4. Juni 1981 in Kraft.

This Decision shall enter into force on 4 June 1981.

La présente décision entre en vigueur le 4 juin 1981.

Geschehen zu München, am 4. Juni 1981.

Done at Munich, 4 June 1981.

Fait à Munich, le 4 juin 1981.

Für den Verwaltungsrat
Der Präsident

For the Administrative Council
The Chairman
G. Vianès

Par le Conseil d'administration
Le Président

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,- DM (2,40 DM zuzüglich 0,60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Fundstellennachweis A

Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1980 – Format DIN A 4 – Umfang 380 Seiten

Die Neuauflage 1980 weist folgende Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen nach:

- a) die im Bundesgesetzblatt Teil III enthaltenen,
- b) (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten,

soweit sie noch gültig sind.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1980 – Format DIN A 4 – Umfang 448 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Einzelstücke können zum Preis von 23,65 DM zuzüglich 2,00 DM Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5%.